



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0836890

P/XV/293 - 27. Dezember 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>"Unbesungene Helden" - nur in Berlin?</u> Die Bundesrepublik sollte sich ihrer auch annehmen	62
3 - 4	<u>Vor einem geistlichen Gipfeltreffen?</u> Zur Rundreise des Moskauer Patriarchen Von Dr. Basil Mathieopoulos	63
5 - 6	<u>Konjunktur und Steuerzahler</u> Merkwürdige "Konjunktursteuerungs"-Vorschläge	52
6	<u>Missachtung der UNO</u> Zur französischen Atombombenexplosion in der Sahara	22

* * *

Zur Beachtung: Wir veröffentlichen in der Mittwoch-Ausgabe ein Interview mit dem Generalsekretär der Sozialistischen Partei Frankreichs (SFIO), Guy Mollet:

"Dramatische Folgen" - wenn der Algerienkrieg fortgesetzt wird.
Warum Frankreichs Sozialisten "JA" zum Algerien-Referendum sagen

* * * * *

FEHLANZEIGE

JAHRGANG

15

ZEITUNGSNUMMER

293

DATUM

27. 12. 60

Seite 1. fehlt ✓

belegt sind. Die Ermittlungen sind sehr schwierig, werden aber mit grösster Gründlichkeit durchgeführt. Die Art der Anerkennung erfolgt durch Verleihung einer Ehrenurkunde des Senats von Berlin. Der Regierende Bürgermeister Brandt und Innensenator Joachim Lipschitz unterzeichnen diese Urkunden. Es werden einmalige und auch laufende Unterstützungen gewährt. Die "Ehrenunterstützungen" sind widerruflich. Für die Anerkennung als "Unbesungener Held" ist massgeblich, dass der Betreffende während der Nazizeit in "nicht unerheblichem Masse" Schutz und Hilfe gewährt hat, dass er seinen Wohnsitz in Westberlin hat und im Falle der Ehrenunterstützung bedürftig ist. Leider waren die Menschen, die sich als Nothelfer darstellten, in fast allen Fällen heute in wirtschaftlicher Not. Selbstverständlich wurde auch eine Reihe von Personen ohne finanzielle Anerkennung ausgezeichnet, die aus wirtschaftlich gut situierten Kreisen kommen.

Der Kummer dieser für ganz Deutschland einmaligen und nun seit drei Jahren gepflegten Aktion ist es, dass es nicht gelang, sie auf die Bundesrepublik auszudehnen. Man schrieb die deutschen Länder an, die meisten verschaukelten sich hinter bürokratischen Etatfragen und rechtlichen Bedenken. Einige antworteten gar nicht. Die Arbeitsgemeinschaft hat sich nun im September 1960 nochmals an die Ministerpräsidenten der Bundesländer gewandt und sie aufgefordert, dem Berliner Beispiel zu folgen. Es ist heute noch nicht zu übersehen, ob es endlich ein Echo geben wird.

Dazu Loewenberg: "Die Arbeitsgemeinschaft der Verfolgtenverbände in Berlin - unter ihnen die Jüdische Gemeinde - hofft auf ein gutes Echo, denn die Ehrung der "Unbesungenen Helden" ist nicht nur ein Politikum, sondern eine unabdingbare Ehrenpflicht des deutschen Volkes."

In ähnlichem Sinne äusserte sich in einem privaten Gespräch vor wenigen Wochen der Schriftsteller Kurt Grossmann kurz vor seinem Rückflug von Berlin nach New York, der geistige Vater und Initiator des Gedankens, jüdische Dankbarkeit aber auch und vor allem die Dankbarkeit des deutschen Volkes diesen einfachen Männern und Frauen unbeugsamen Gewissens gegenüber zu beweisen.

Vor einem geistlichen Gipfeltreffen?

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Der kürzlich erfolgte Besuch des Primas der Anglikanischen Kirche, Dr. Fisher, bei dem orthodoxen Patriarchen in Konstantinopel und sein Zusammentreffen mit Papst Johannes XXIII., hat in der ganzen christlichen Welt berechtigtes Interesse erregt. Von höchster Stelle wurde hier ein jahrhundertlang sorgsam gehütetes Tabu gebrochen. Wenn der Besuch des Erzbischofs von Canterbury im Vatikan auch nicht mißverstanden werden darf als eine Aufweichung der dogmatischen Fronten, so zeichnet sich doch mit dem zustande gekommenen Gespräch auf lange Sicht die Möglichkeit einer wachsenden Annäherung zwischen den Kirchen ab.

Während das Weltinteresse von den römischen Ereignissen absorbiert war, spielte sich im Hintergrund eine äquivalente Entwicklung fast unbeachtet ab: Alexej, der Patriarch "aller Rußen" und Moskauer Oberhirte der russisch-orthodoxen Kirche, klopfte als erster ostkirchlicher Würdenträger nach der Revolution des Jahres 1917 bei den orthodoxen Bruderkirchen zu Besuch an. Bis jetzt führte seine Reiseroute über die Patriarchate von Jerusalem, Antiochien und Alexandrien. Am 26. Dezember dieses Jahres war er in Athen Gast des Erzbischofs Theoklitos. Als Höhepunkt und Abschluss dieser persönlichen Kontaktnahme wird die Aussprache mit dem eigentlichen Repräsentanten der orthodoxen Kirche, dem Patriarchen Athinagoras von Konstantinopel, vermerkt.

Der Reise des Moskauer Kirchenfürsten muß man eine zweifache Bedeutung einräumen. Sie bekundet ganz offensichtlich, daß es der Kirche in der Sowjetunion gelungen ist, sich eine gewisse institutionelle Freiheit zu reservieren, bzw. zurückzuerobieren, und daß sie einen relativ eigenständigen Modus praktizieren kann, ihre inneren und äußeren Anliegen wahrzunehmen. Nach einer fast 40-jährigen gegenteiligen Ansicht mußte der Kraml einsehen, daß die Arme der Gläubigen nicht durch eine noch so intensive Parteischulung so einfach

ungetauft werden kann. Über allem oft zwielichtig hingestellten politischen Jonglieren kann doch die religiöse Lauterkeit und konsequente Standhaftigkeit der verantwortlichen Würdenträger nicht angezweifelt werden. Sie zwangen faktisch die sowjetische Regierung aus realpolitischen Gründen, die jetzt verwerteten Konzessionen zu machen.

Als zweite Folgerung scheint es, daß die durch die Gespräche sich erbahnende Möglichkeit einer Koordination der orthodoxen Kirchen verschiedener Nationalität und Kulturbereiche nur der Beginn einer ernsthaft angestrebten engeren Zusammenarbeit ist. Die Parallelität der gewählten Reiseterrmine erhält durch die laufenden Planungen für Unionsgespräche auf dem kommenden ökumenischen Konzil ein in dieser Hinsicht besonders aktuellen Akzent.

Patriarch Alexej erklärte seinem Amtsbuder Theodosios von Antiochien, die russisch-orthodoxe Kirche sei grundsätzlich zu einer Wiedervereinigung bereit, falls von päpstlicher Seite gewisse Bedingungen erfüllt würden. So habe der Papst bis jetzt noch keinen offiziellen Schritt zur Einigung unternommen, sondern seine diesbezüglichen Bemühungen hätten nur den Charakter von Veröffentlichungen. Eindeutig sind die Worte "... obwohl wir die Einigung im Prinzip bejahen, zweifeln wir daran, daß sich solche Hoffnungen verwirklichen lassen, es sei denn, der Papst würde sich bereit finden, die anstehenden Probleme mit den verantwortlichen Hauptern der anderen Kirchen auf gleicher Ebene zu erörtern." Die katholische Praxis des Primas ist also offensichtlich der alles entscheidende Angelpunkt, da die russisch-orthodoxe Kirche nicht von vornherein gewillt ist, den Papst als allein verbindliches Oberhaupt der Kirche anzuerkennen. Wie entwicklungsfähig die Dinge sind, zeigt die Erklärung des Patriarchen von Konstantinopel, der das anerkannte Oberhaupt der griechisch-orthodoxen Kirche ist, daß er alle Unionsbestrebungen bejahen und bereit sei, mit Papst Johannes zu einem Gespräch zusammen zu treffen.

Konjunktur und Steuerzahler

H.M. Aus dem Strauss sogenannter "Konjunktursteuerungs-Vorschläge" der Regierung leuchtet ein seltsam anzuschauendes Blümlein. Sein Name lautet schlicht und einfach "Steuergutschein". Betrachtet man dieses Gewächs aus dem bundesdeutschen Treibhausklima der Konjunktur genauer, so entdeckt man: eine seit langer unter der Oberfläche steckende "Wurzel allgemeinen Übels" macht erste schüchternste Keimversuche. Es sollen künftig - von einer bestimmten Umsatzgrösse an - die Unternehmen zu einer der normalen Veranlagung greifenden Steuervorauszahlung herangezogen werden. Fürwahr, man präsentiert diese Idee, als gelte es, inmitten des parasitenhaft wachsenden Steuerbüschels eine kostbare und bewundernswerte Orchidee heranzuzüchten.

In Wahrheit aber liegen der fiskalischen Gärtnerei völlig andere Anbau- und Erntepläne zugrunde. Nicht die Steuern der Unternehmer, sondern die Abgaben der Arbeitnehmer werden von ihr besonders "gepflegt". Das verwundert nicht, wenn man bedenkt, dass bei einer Gesamtzunahme der Landes- und Bundessteuern um rund 10 Prozent - in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres gegenüber 1959 - die Körperschaftsteuer um 4,2 Prozent, die Umsatzsteuer um 12,7 Prozent, die Einkommensteuer um 32,3 Prozent, die Lohnsteuer jedoch um nahezu 38 Prozent gestiegen ist. Und ein weiteres Beispiel erfreut den Finanzminister: die Lohnsteuer wird sofort und ohne Einschränkung vom Arbeitsentgelt abgezogen. Sie ist als staatliche Einnahme "zeitnah und konjunkturwirksam" greifbar, und selbst zuviel gezahlte Beträge werden dem Steuerpflichtigen erst sehr viel später im Rahmen des Lohnsteuer-Jahresausgleiches zurückerstattet. Ganz anders dagegen sind die Behandlungen und Zahlungsverpflichtungen der "verrenteten" Finanzantskunden.

Sie haben nicht nur den Vorteil, die bereits "verdiente" Steuer nach Ablauf des Veranlagungsjahres zahlen zu können, es ist für die Finanzämter mitunter sogar recht schwierig, die ihnen geschuldeten Beiträge fristgerecht oder überhaupt in voller Höhe einzutreiben. Das Bundesfinanzministerium hat nun erstmals eine Übersicht veröffentlicht, in welchem Ausmass die Gewinnsteuern der Unternehmen hinter dem Zeitpunkt "zurückhinken", zu dem sie steuerwirksam entstanden sind. Die Rückstände aus der Einkommens- und Körperschaftsteuer beliefen sich für 1959 auf 2,2 Milliarden DM, und es wird geschätzt, dass sie bis

Ende 1960 auf rund 3 Milliarden DM ansteigen. Das sind mehr als zwei Fünftel der Jahreseinnahmen aus beiden Steuerarten.

Es wäre somit nur allzu natürlich, wenn man nach geeigneten Methoden Ausschau hielte, die eine "zeitnähere" Erhebung und Einziehung der anfallenden Steuerbeträge ermöglichte. Keinem Arbeitnehmer würde es je gestattet sein, die ihm zustehenden Arbeitsentgelte pünktlich in Empfang zu nehmen, sich der Verpflichtung zur Steuerzahlung jedoch erst im Folgejahr zu entledigen. Die rechtzeitige Zustellung der Zahlungsaufforderung an Unternehmer, die ihre Gewinne bereits "kassiert" haben, wäre also ein ganz normaler Vorgang, von der Beitreibung der rückständigen Steuerschulden ganz zu schweigen. Und daher scheint uns das konjunkturliche Gewächs "Steuerergutschein" zwar von Nutzen, nicht aber besonders exquisit zu sein. Es liegt doch auf der Hand: mit Steuerforderungen, die die Konjunktur beeinflussen sollen, hat man sich zuerst an jene Einkommen zu wenden, die für die hektische Steigerung der Preise verantwortlich sind, und es hat sich inzwischen herumgesprochen, wer diese Einkommen und Vermögen "verdient". Der sprichwörtlich "kleine Mann", der in der Regel Lohn- oder Gehaltsempfänger ist, gehört nicht dazu.

+ + +

Missachtung der UNO

sp - Das Frankreich de Gaulles hat in der Wüste Sahara die dritte in Eigenproduktion hergestellte Atombombe zur Explosion gebracht und dies ungeachtet einer von fast allen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen unterzeichneten, an alle Länder gerichteten Empfehlung, nukleare Kernwaffenversuche einzustellen. Die französische Regierung hat sich über diese Empfehlung hinweggesetzt und sinnigerweise die Morgenstunden des ersten Tages nach Weihnachten gewählt, um ihre Fähigkeit als Atommacht zu demonstrieren. Die französischen Wissenschaftler und Techniker mögen stolz auf ihre Leistung sein, für die übrige Welt aber und besonders für die unruhigen Völker des afrikanischen Kontinents bedeutet sie einen Schock, wirft sie doch alle Hoffnungen weit zurück, dem nuklearen Wettrüsten Einhalt zu gebieten. Was Frankreich kann, können auch andere Länder. Was geschieht, wenn etwa ein Nasser oder das China Mao-tse Tungs sich zu Atommächten entwickeln? Welche Antwort wird nun Afrika auf diese Explosion auf seinem Boden geben? Neue Leidenschaften werden sich daran entzünden und neue Massenausbrüche sind zu erwarten. De Gaulle mag glauben, er stärke mit eigenen Atombomben die Sicherheit seines Landes, in Wirklichkeit vermehrt er das Chaos und schwächt insgesamt den Westen. Jede über den Wüsten der Sahara explodierende nukleare Waffe vergrößert die Kluft zwischen der farbigen Welt und Europa und schafft die Voraussetzungen für eine erfolgreiche kommunistische Propaganda.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel